

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

16. WP - 6. Sitzung

am Mittwoch, dem 14. September 2005, 10:40 Uhr,
im Sitzungszimmer 342 der SPD-Fraktion

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Anette Langner (SPD)

Hans Müller (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Peter Sönnichsen (CDU)

Anne Lütkes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Informationsgespräch über die Prioritäten der britischen EU-Ratspräsidentschaft	4
Berichterstatter: - John Kraus, Erster Botschaftssekretär bei der Britischen Botschaft Berlin, Abteilung politische Angelegenheiten - Jo Dawes, Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Britisches Generalkonsulat Hamburg	
hierzu: Umdruck 16/199	
2. Mitteilung der Kommission an den Rat über europäische Politiken im Jugendbereich Die Anliegen Jugendlicher in Europa aufgreifen - Umsetzung des europäischen Pakts für die Jugend und Förderung der aktiven Bürgerschaft, KOM (2005) 206	10
Umdruck 16/198	
Berichterstatter: - St Dr. Hellmut Körner, Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren - Sandra Weidemann, Leiterin des Ostseejugendsekretariates, Kiel	
3. Verschiedenes	14

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:40 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Informationsgespräch über die Prioritäten der britischen EU-Ratspräsidentschaft

Berichterstatter: - John Kraus, Erster Botschaftssekretär bei der Britischen Botschaft Berlin, Abteilung politische Angelegenheiten

- Jo Dawes, Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Britisches Generalkonsulat Hamburg

hierzu: Umdruck 16/199

Herr Kraus, Erster Botschaftssekretär bei der Britischen Botschaft Berlin, Abteilung politische Angelegenheiten, informiert in einem Eingangsreferat über die Prioritäten der britischen EU-Ratspräsidentschaft. Er führt unter anderem aus, in einer Zeit großer Veränderungen und großer Unsicherheiten in Europa stehe die Europäische Union vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Nach Auffassung von Großbritannien sei die größte Herausforderung jedoch nicht die EU-Verfassung und trotz der Bombenanschläge in London auch nicht der Terrorismus, sondern es seien die wirtschaftlichen Reformen, die Europa jetzt unbedingt angehen müsse.

Mit einem Vergleich zum Arbeitsmarkt in den USA und in den südostasiatischen Staaten betont Herr Kraus die besondere Herausforderung der Europäischen Union, ihren Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten. Darüber hinaus müsse mehr Geld für Bildung ausgegeben werden, nur so könne das Zurückfallen Europas in Forschung und Technologie sowie beim Wachstum der Wirtschaft verhindert werden. Auch hier zieht Herr Kraus wieder einen Vergleich zu den USA, China und Indien, die sich immer mehr zu Konkurrenten für Europa entwickelten. Diese Länder stellten für Europa zwar kein Vorbild bei der Achtung von Arbeitnehmerrechten und der Höhe der Entlohnung von Arbeitern dar. Europa könne auch wettbewerbsfähig sein, obwohl die Löhne in den Mitgliedsländern insgesamt sehr viel höher seien, denn die Arbeiter in Europa seien wesentlich produktiver. Dennoch werde in Konkurrenz zu diesen Staaten deutlich, dass sich Europa im Zeitalter der Globalisierung modernisieren und reformieren müsse, um weiter wettbewerbsfähig zu bleiben. Das bedeute eine Modernisierung der Sozial- und der Arbeitsmarktpolitik, die Flexibilität mit Wettbewerbsfähigkeit verbinde, sodass für

die Bürgerinnen und Bürger in Europa eine angemessene Ausbildung und Unterstützung sowie genügend Anreize angeboten werden könnten.

Herr Kraus nennt als weitere Ziele der britischen EU-Ratspräsidentschaft die Reform des Regelungsumfelds, mit der unsinnige Belastungen der Wirtschaft abgebaut werden müssten, um Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Weiter gehöre dazu das Bekenntnis zum Binnenmarkt einschließlich des gemeinsamen Marktes für Dienstleistungen und schließlich die Offenheit des Handels. Er betont, Europa könne diese Herausforderungen nicht einfach ignorieren und über die Sorgen der Menschen in Europa hinweggehen.

Herr Kraus führt weiter aus, die aktuelle Haushaltsdebatte müsse vor dem Hintergrund der langjährigen Verhandlungen über die EU-Verfassung und deren Ablehnung in zwei der Gründungsstaaten gesehen werden. Großbritannien sei der Auffassung, dass die Bürgerinnen und Bürger mit dieser Ablehnung in den beiden Staaten ihre grundsätzliche Unzufriedenheit mit ihren Regierungen ausgedrückt und nicht gegen die Inhalte der Verfassung selbst gestimmt hätten. Es sei richtig, dass mit der Verabschiedung des Haushaltes jetzt bewiesen werden müsse, dass die Europäische Union noch handlungsfähig sei, es seien jedoch Reformen nötig, um auch einen guten Haushalt verabschieden zu können.

In diesem Zusammenhang müsse nach Auffassung von Großbritannien hinterfragt werden, ob es sinnvoll sei, dass Europa über 40 % seines Haushaltes für die gemeinsame Agrarpolitik ausbebe. Die Zahlen zeigten, dass 50 % der Agrarförderung den 17 % der Landwirte zugute komme, die ohnehin schon sehr reich seien und diese am wenigsten benötigten. Die gemeinsame Agrarpolitik sei in den letzten Jahren schon oft verbessert worden, insbesondere im Hinblick auf Umweltschutzgesichtspunkte und eine stärkere Marktorientierung. Trotzdem müsse dort noch Einiges getan werden, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern zu können.

Großbritannien sei klar, dass diese Herausforderungen und Probleme nicht in der Zeit seiner EU-Ratspräsidentschaft gelöst werden könnten, es werde jedoch angestrebt, sich in dieser Zeit auf einen Prozess zu einigen, der zu einer Überprüfung der EU-Ausgaben in der nächsten Finanzperiode führe. In diesem Zusammenhang müsse dann auch noch einmal über das Thema Gerechtigkeit der Beiträge der Mitgliedstaaten der Europäischen Union gesprochen werden. Großbritannien werde alles daran setzen, hier zu einem Ergebnis zu kommen, deshalb würden jetzt intensive Vorgespräche geführt. Es werde angestrebt, bis Ende des Jahres einen Vorschlag für eine zukünftige faire Kostenverteilung zu erarbeiten.

Herr Kraus führt weiter aus, vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union müsse auch die Sozialordnung modernisiert werden. Nichts sei sozial ungerechter als 22 Millionen Arbeitslose. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Erfolge von Großbritannien bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im eigenen Land.

Neben den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen - so Herr Kraus weiter - ständen für Großbritannien die Themen Kriminalität, Sicherheit und Steuerung der Einwanderung auf der Agenda seiner Präsidentschaft. Konkrete Handlungsfelder seien im Rahmen der britischen EU-Ratspräsidentschaft außerdem die Diskussion über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Dieser biete die Chance zu zeigen, dass es keine Kluft zwischen den einzelnen zivilisierten Staaten gebe, sondern lediglich eine Trennung zwischen der großen Mehrheit der zivilisierten Staaten und denjenigen Unzivilisierten, die durch Terror versuchten, die gemeinsamen Werte der Anderen zu zerstören. Es sei jedoch unstrittig, dass noch viel geschehen müsse, bevor die Türkei die Bedingungen für einen Beitritt erfülle.

Herr Kraus spricht außerdem die in dem Überblick über die Schwerpunkte der britischen Ratspräsidentschaft zusammengefassten Themenbereiche, Umdruck 16/199, kurz an und weist darauf hin, dass natürlich alle Partner in der Europäischen Union unterschiedliche Ideen und Auffassungen zu den verschiedenen Bereichen hätten. Das sei auch gut so. Der Premierminister von Großbritannien habe deshalb seine Kollegen für Ende Oktober 2005 zu einem informellen Gipfeltreffen eingeladen, um in einer politischen Diskussion mit den Regierungschefs darüber zu beraten, wie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Europa wieder gestärkt werden könne. Wirtschaftsreform, Globalisierung, Arbeitsplätze, die innere und äußere Sicherheit, das seien die Fragen, die die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union beschäftigten. Die von den Regierungschefs vereinbarte Denkpause im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Europäischen Verfassung müsse genutzt werden, um auf diese Fragen Antworten zu finden.

Abschließend fasst Herr Kraus die Schwerpunkte der britischen EU-Ratspräsidentschaft dahingehend zusammen: Im September gehe es um die Türkei, im Oktober um die Zukunft Europas und im November und Dezember um die zukünftige Finanzplanung der Europäischen Union.

In der anschließenden Aussprache weist Abg. Ritzek darauf hin, dass ein Vergleich von Ländern der Europäischen Union mit den USA oder China und Indien vor dem Hintergrund der dort vorherrschenden anderen Rahmenbedingungen, insbesondere in Bezug auf das ökonomische und ökologische Gleichgewicht sowie das soziale Verständnis, sehr problematisch sei. Herr Kraus betont, dass er China und Amerika nicht als Musterbeispiele für Europa darstellen

wollte, sondern nur als Beispiel für Länder, die einen anderen Weg gefunden hätten, um mehr Wachstum zu erzielen. Abg. Ritzek merkt an, die höhere Flexibilität der Amerikaner sei unter anderem dadurch bedingt, dass diese auch eher bereit seien, schlechter bezahlte Jobs anzunehmen und aufgrund des einheitlichen Schulsystems im ganzen Land mit ihren Familien weniger Probleme hätten, von einer Region in die andere zu ziehen.

Abg. Ritzek macht außerdem deutlich, dass der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union für Deutschland ein schwieriges Thema sei und hier mit unterschiedlichen Zielrichtungen diskutiert werde. Herr Kraus zeigt Verständnis für die besondere Position Deutschlands zu dieser Frage und berichtet, in Großbritannien sei dies kein heikles Thema. Auch Großbritannien sei einmal Teil einer Erweiterung gewesen und insgesamt müsse man feststellen, dass bisher jede Erweiterung den alten Mitgliedstaaten mehr Wachstum durch die größeren Exportmärkte gebracht habe. Wie man sich zur Frage des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union verhalte, sei eher eine prinzipielle Frage. Aus der Sicht Großbritanniens sei die Europäische Union ein Zusammenschluss zur Förderung der Zusammenarbeit von Ländern und es könne für die Sicherheit aller Mitgliedstaaten nur hilfreich sein, die Türkei stärker einzubinden, damit diese stabil bleibe und sich mehr nach Westen orientiere. Wenn man die Türkei dagegen von der Europäischen Union ausschließe, befürchte Großbritannien, dass es in der Türkei zu einem Rückschritt kommen könne.

Abg. Ritzek möchte wissen, ob sichergestellt sei, dass der Europaausschuss auch in Zukunft mit dem Generalkonsulat in Hamburg ein Ansprechpartner aus Großbritannien erhalten bleibe. Herr Kraus antwortet, durch die Europäische Union seien die Verbindungen zu allen Staaten Europas sehr viel enger und besser geworden, deshalb stelle sich Großbritannien - auch vor dem Hintergrund der anstehenden Mehrkosten im Bildungssektor, Stichwort Lissabonstrategie - die Frage, ob Großbritannien in allen europäischen Ländern eine Botschaft und ein halbes Dutzend Konsulate benötige. Eine Entscheidung über den Standort des Konsulates in Hamburg sei noch nicht getroffen, die britische Regierung sei jedoch dabei, sämtliche Standorte der Konsulate auf den Prüfstand zu stellen und Prioritäten zu setzen. Abg. Ritzek bittet Herrn Kraus, die Bitte des Europaausschusses mit zurück nach Berlin zu nehmen, dass das Konsulat in Hamburg als wichtiger Ansprechpartner erhalten bleibe.

Abg. Fischer möchte wissen, ob die britische Botschaft eine Öffentlichkeitskampagne im Zusammenhang mit der britischen EU-Ratspräsidentschaft gestartet habe, ob sie beispielsweise in Schulen oder Bildungsinstitutionen Vorträge anböte und Ähnliches. Herr Kraus antwortet, die Botschaft mache sehr viel Öffentlichkeitsarbeit, bei der im Moment selbstverständlich auch die EU-Ratspräsidentschaft eine große Rolle spiele. Dazu gehörten Vorträge vor Schülergruppen, anderen Besuchsgruppen der Botschaft, Auftritte in Talkshows oder auch Zei-

tungsartikel. Frau Dawes, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Britischen Generalkonsulat in Hamburg, ergänzt, zur britischen EU-Ratspräsidentschaft veranstalte das Generalkonsulat in Hamburg eine Podiumsdiskussion mit Schülerinnen und Schülern aus Hamburg zu dem Thema: Was sind die wichtigsten Herausforderungen für Europa? Sie bietet dem Europaausschuss an, eine ähnliche Veranstaltung auch in Schleswig-Holstein zu organisieren. Abg. Höfs weist darauf hin, dass es schon Vorgespräche mit der Europa-Union zu einer Veranstaltung im Herbst des Jahres im Zusammenhang mit der britischen EU-Ratspräsidentschaft gegeben habe, vielleicht könne man eine gemeinsame Veranstaltung auf den Weg bringen. Abg. Fischer schlägt vor, die Veranstaltung in einer Schule in Schleswig-Holstein durchzuführen, um mit den Schülerinnen und Schülern ins Gespräch zu kommen.

Im Zusammenhang mit der Frage von Abg. Fischer, ob es schon konkrete Vorschläge im Zusammenhang mit den Überlegungen für eine Reform der Agrarstrukturen und der Agrarfinanzierung gebe, führt Herr Kraus aus, bislang gebe es keine konkreten Vorschläge, zunächst würden hierzu eine Reihe von informellen Gesprächen geführt. Erste Ergebnisse seien hierzu vor November oder auch Dezember dieses Jahres nicht zu erwarten. Fest stehe jedoch, dass ein konkretes Thema die Reform der Zuckersubventionen sein werde.

Abg. Fischer hält es für gefährlich, die Verabschiedung der EU-Verfassung nicht als oberste Priorität zu betrachten und für fraglich, ob Europa es sich leisten könne, die Verfassungsdebatte über Monate hinauszuschieben. Herr Kraus betont, wichtig sei, dass die Inhalte des Vertrages umgesetzt würden, die Frage sei, ob man dazu unbedingt diese Verfassung brauche. Da während der kurzen Zeit der EU-Ratspräsidentschaft von Großbritannien wenig Aussicht bestünde, zu einer Lösung zu kommen, habe Großbritannien diese Frage auch nicht in den Vordergrund seiner Ziele für die EU-Ratspräsidentschaft gestellt.

Abg. Dr. Klug hält die von Großbritannien gesetzten Schwerpunkte für die britische EU-Ratspräsidentschaft für den richtigen Ansatz für die Weiterentwicklung der Europäischen Union. Er bezieht sich auf die schriftlich niedergelegten Schwerpunkte der britischen Ratspräsidentschaft im Umdruck 16/199 und möchte wissen, ob das Bestreben nach einer besseren Rechtsetzung bei der britischen Regierung so weit gehe, dass man auch über eine Zurückverlagerung von Kompetenzen von der EU-Ebene auf staatliche und regionale Ebenen nachdenken wolle. Herr Kraus erklärt, die Überprüfung von Regelungen darauf hin, ob sie weiter benötigt würden, sei in einer Demokratie normal. Konkrete Beispiele in der Europäischen Union hierfür seien die Chemikalienverordnung und die Dienstleistungsrichtlinie.

Abg. Dr. Klug merkt an, ihn habe gewundert, dass in dem vorliegenden Papier, Umdruck 16/199, von der Lissabonstrategie keine Rede sei. Im Bereich der Wissenschaft und Forschung hinke die Europäische Union erheblich hinterher. Herr Kraus wiederholt die Forderung aus seinem Eingangsvortrag, dass die europäischen Staaten in Zukunft mehr Geld für die Bildung ausgeben müssten. Es gebe beispielsweise zu wenig Spitzenuniversitäten in Europa. Wenn man hier die Rahmenbedingungen verbessere, könnten in Zukunft auch Arbeitsplätze mit hoher Qualität geschaffen werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Mitteilung der Kommission an den Rat über europäische Politiken im Jugendbereich

Die Anliegen Jugendlicher in Europa aufgreifen - Umsetzung des europäischen Pakts für die Jugend und Förderung der aktiven Bürgerschaft, KOM (2005) 206

Umdruck 16/198

Berichterstatter: - St Dr. Hellmut Körner, Staatssekretär im Ministerium für
Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

- Sandra Weidemann, Leiterin des Ostseejugendsekretariates,
Kiel

St Dr. Körner geht kurz auf die Kernpunkte des europäischen Paktes „Die Anliegen Jugendlicher in Europa aufgreifen“, Umdruck 16/198, ein. Er führt hierzu unter anderem aus, die europäische Vorlage gehe weit über die Zuständigkeit des Ressorts des Sozialministeriums hinaus, da er auch Aspekte aus dem Bereich der Wirtschafts-, Bildungs- und Arbeitspolitik anspreche. Insgesamt habe dieser europäische Pakt für die Jugend als Teil der Lissabonstrategie einen integrativen Ansatz. Der Europäische Rat habe die Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Politiken an diesen Vorgaben zu orientieren und die Zielsetzung zur Grundlage von nationalen Plänen und Vorhaben zu machen. So sehe der Pakt nicht den Aufbau neuer Strukturen vor, sondern fordere die Mitgliedstaaten auf, sich für die Umsetzung der bestehenden Instrumente und Fördermöglichkeiten der Europäischen Union zu bedienen.

St Dr. Körner berichtet, Ministerin Dr. Trauernicht habe bei einem Gespräch in Brüssel mit Vertretern der Europäischen Kommission festgestellt, dass der von der Landesregierung angestoßene Kinder- und Jugendaktionsplan für Schleswig-Holstein mit den Zielen des europäischen Paktes sehr gut harmoniere. Gerade gestern habe die Ministerin auch ein Gespräch mit dem Geschäftsführer der Firma BBJ Consult, einer überregional tätigen großen Beratungseinrichtung, die in der Vergangenheit im Jugendbereich in der nationalen Kinder- und Jugendpolitik eine große Rolle gespielt habe, geführt. Diese Firma sei von der Bundesregierung beauftragt worden, mit einem erheblichen Mittelvolumen die Umsetzung der europäischen Strategie in nationale und regionale Kinder- und Jugendaktionspläne zu unterstützen. Ministerin Dr. Trauernicht habe in dem Gespräch deutlich gemacht, dass Schleswig-Holstein anstrebe, im Rahmen dieser Umsetzung zu einer Modellregion zu werden, um von der BBJ Consult beim Einstieg in die Nutzung der europäischen Programme Unterstützung zu bekommen.

Schleswig-Holstein sei als Modellregion hervorragend geeignet, da das Land durch seine Grenzen an der Ostsee Kontakt zu sehr vielen anderen Staaten habe und nutzen könne.

St Dr. Körner stellt im Folgenden die Schwerpunkte des sich zurzeit noch in der Diskussion befindlichen Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein vor. Der Aktionsplan solle sich in sechs Themenfelder gliedern, die jeweils an bestimmten Lebenssachverhalten abgebildet seien, um eine Bindungswirkung, eine Motivation, für die verschiedenen Träger zu bewirken. Er stellt kurz die einzelnen Bereiche „Gesund aufwachsen“, „Frühe Hilfe für Familien“, „Ganzheitliche Bildung“, „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“, „Bekämpfung der Benachteiligung der sozialen Ausgrenzungen“ und „Jugendkultur und Jugendtourismus“ mit einzelnen Beispielen aus der Praxis vor.

St Dr. Körner stellt abschließend fest, aus der Sicht des Sozialministeriums biete der europäische Pakt für die Jugend eine sehr gute Plattform, um die Themen „Ganzheitliche Bildung“, „Freiwillige Dienste“, „Jugendaustausch“, „Fachaustausch“ und „Jugendbeteiligung“ über Schleswig-Holstein hinaus im Ostseeraum zu entwickeln und das eigene Kinder- und Jugendaktionsplanverhalten auf ein europäisches auszuweiten und dadurch zu befruchten. Mit Hilfe der Unterstützung der Beratungsfirma hoffe die Landesregierung, Mittel aus EU-Programmen für Projekte in Schleswig-Holstein zu erhalten. Der Pakt für die Jugend habe Priorität für die nächste Phase des europäischen Sozialfonds. Schleswig-Holstein werde versuchen, in diesem Fonds über den Pakt Anträge zu generieren, um gemeinsam mit Ostseepartnern zusätzlich etwas für die Kinder- und Jugendpolitik tun zu können.

Im Zusammenhang mit einer Nachfrage von Abg. Ritzek stellt St Dr. Körner fest, der europäische Pakt sei insgesamt sehr allgemein und generell gefasst. Die konkret von ihm genannten Themenschwerpunkte seien die Themen, die die Landesregierung für das Land als besonders wichtig einschätze.

Frau Weidemann, Leiterin des Ostseejugendsekretariates in Kiel, stellt den europäischen Pakt für die Jugend und Förderung der aktiven Bürgerschaft aus Sicht der Jugendlichen und Jugendverbände kurz dar und benennt einige Problempunkte. Zunächst begrüßt sie die Einschätzung des Staatssekretärs, dass der Pakt nur als zusätzliche Plattform und als ein zusätzlicher Anreiz gesehen werden könne. Er sei sehr allgemein gehalten und biete den Jugendlichen wenig Konkretes an. In den Stellungnahmen der Jugendorganisationen und Jugendvertretungen aus Deutschland und anderen europäischen Ländern werde dann auch deutlich, dass man zwar dankbar dafür sei, dass sich die Staats- und Regierungschefs mit diesem Thema beschäftigt hätten, aber auch ein bisschen Enttäuschung über fehlende konkrete Ansätze und vor allen Dingen auch zusätzliche finanzielle Mittel vorherrsche. Der Hinweis in dem Pakt auf Mittel

aus dem ISF-Fonds schließe eine Inanspruchnahme durch Jugendverbände nahezu aus, da die Regelungen so kompliziert seien, dass eine Antragstellung durch eine Jugendorganisation praktisch nicht zu leisten sei. Vor diesem Hintergrund begrüßt sie die Ankündigung von St Dr. Körner zu versuchen, zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten für die Beantragung zu kommen.

Frau Weidemann berichtet weiter, in den Stellungnahmen der Jugendverbände werde außerdem kritisiert, dass zum Teil unter den Jugendlichen sehr stark diskutierte Themen wie zum Beispiel das freiwillige Engagement, die aktive Bürgerschaft und das Thema Umwelt, in dem Pakt überhaupt nicht angesprochen und Ziele von oben diktiert würden. Außerdem sei das Beteiligungsrecht der Jugendlichen - ausschließlich über das Internet - nicht optimal ausgestaltet. Denn so könnten sich nur Jugendliche beteiligen, die über einen Zugang zu einem Internetanschluss verfügten, damit seien benachteiligte Jugendliche von vornherein ausgeschlossen. Darüber hinaus würden Stellungnahmen von Jugendverbänden und -organisationen, die eine Vielzahl von Jugendlichen verträten, ebenso gewichtet wie Stellungnahmen einzelner Personen. Dadurch ergebe sich eine Ungleichgewichtung. Unklar bleibe außerdem, wie der Fahrplan für die Umsetzung aussehe, wo die Koordinierung der unterschiedlichen Maßnahmen stattfinden solle und in welcher Form überhaupt umgesetzt werde.

Abg. Ritzek stellt fest, die Ausführungen der Landesregierung zeigten, dass Schleswig-Holstein hier auf einem sehr guten Weg sei und über den Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein den europäischen Pakt mit Leben erfüllen könne.

Abg. Fischer hebt die erfolgreiche Arbeit des Ostseejugendsekretariates hervor und möchte wissen, ob die Ostseejugendstiftung nicht ebenfalls in den Aktionsplan vor dem Hintergrund der Umsetzung des europäischen Paktes für die Jugend integriert werden könne. Frau Weidemann erklärt, die Stiftung sei seinerzeit unter der Prämisse eingerichtet worden, dass sie erst ab einem bestimmten Finanzvolumen aktiv werden solle. Dieses Finanzvolumen sei bisher nicht erreicht.

Auf die Nachfrage der Vorsitzenden, Abg. Höfs, nach weiteren Beteiligten neben Schleswig-Holstein antwortet St Dr. Körner, dass es bisher lediglich die Initiative des Schleswig-Holsteinischen Landtages in der Ostseejugendstiftung gebe. Die Bemühungen, bei anderen deutschen Bundesländern Unterstützung zu bekommen, seien leider nicht erfolgreich gewesen. Vielleicht könne aber der europäische Pakt und der schleswig-holsteinische Aktionsplan auch in diesem Bereich für neuen Wind sorgen und den Gedanken des Ostseeaustausches stärker in den Köpfen verankern, sodass es leichter werde, Finanzquellen für die Jugendstiftung aufzutun.

Ref. Schmidt Holländer weist auf das durch das Parlamentsforum Südliche Ostsee eingerichtete Jugendhospitationsprogramm hin, das in diesem Jahr zu ersten Mal durchgeführt werde und Dank des Einsatzes von Frau Weidemann aus einem EU-Programm finanziert werden könne. Sie möchte wissen, ob dieses Programm in den Aktionsplan der Landesregierung integrierbar sei. St Dr. Körner weist darauf hin, dass der Pakt auf vielen Schultern liege und insgesamt kein großer Ressortstopf zur Verfügung stehe. Sicher sei, dass man auch in Zukunft immer wieder darauf angewiesen sei, europäische Programme anzuzapfen, da die Landesmittel begrenzt seien.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss beschließt den geänderten Terminplan für das zweite Halbjahr 2005, Umdruck 16/240.

Außerdem legt er fest, dass er seine Sitzung am 16. November 2005 gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss zum Thema „Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark“ im Regionskontor und Infocenter Grenze in Padborg durchführen wird.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 12:15 Uhr.

gez. Astrid Höfs
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin